



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Antrag an die ZdK-Vollversammlung am 27./28. November 2026

Zukunft der Demokratie

Antragssteller*innen:

Dr.in Karlies Abmeier, Volker Andres, Prof.in Dr. Birgit Aschmann, Dr.in Clara Braungart, Fabio Crynen, Guido Erbrich, Dr. Maria Flachsbarth, Marc Frings, Christian Gärtner, Dr. Michael Groß, Theresia Härtel, Dorothee Klüppel, Prof. Dr. Clemens Ladenburger, Dr. Harald Langenfeld, Pfr. Dr. Matthias Leineweber, Marie von Manteuffel, Prof. Dr. Carlo Masala, Prof.in Dr. Anja Middelbeck-Varwick, Prof.in Dr. Claudia Nothelle, Nicole Podlinski, Dr. Andreas Püttmann, Renate Röblitz, Prof.in Dr. Beate Rudolf, Prof.in Dr. Dorothea Sattler, Dr.in Hannah Schepers, Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Schwartz, Prof. Dr. Thomas Söding, Dr.in Irme Stetter-Karp, Michael Wedell, Eva Maria Welskop-Deffaa

Einleitung:

Dieser Antragstext wurde in einer Redaktionsgruppe erarbeitet, die durch den Hauptausschuss im Oktober 2026 einberufen wurde.

Hintergründe /Argumentation:

1. Was uns besorgt und was uns bewegt

In Sorge über das Erstarken radikaler politischer Kräfte, insbesondere über die diesjährigen Landtagswahlergebnisse der AfD, sowie über Umfragebefunde zur Demokratiezufriedenheit und zum Vertrauen in politische Institutionen,¹ wollen wir uns deutlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und einen Beitrag zur differenzierten Meinungsbildung im öffentlichen Raum leisten. Zugleich geben wir selbstkritisch Rechenschaft darüber, was wir als katholische Lai*innenorganisation zum Schutz einer zukunftsfähigen Demokratie vor autoritären Tendenzen bereits bewusst beitragen und was wir noch intensivieren wollen.

Nach den Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde die unantastbare Würde des Menschen in Artikel 1 des Grundgesetzes

¹ [eGovernment MONITOR 2026](#)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

(GG) in den Mittelpunkt staatlicher Schutzverantwortung gerückt. Als Christ*innen erkennen wir in dieser Verankerung eine Entsprechung zu zentralen Geboten der biblischen Botschaft.² Nie wieder soll eine Mehrheit tyrannisch über andere Teile der Bevölkerung herrschen, ihre Würde verletzen und das Recht willkürlich beugen. Um dies zu verhindern, fußt die Bundesrepublik auf einer wehrhaften Demokratie. Sie stützt sich auf die „Ewigkeitsklausel“ im GG, die föderale Ordnung, ein starkes Verfassungsgericht und einen starken Verfassungsschutz, sowie auf Instrumente wie Partei- und Vereinigungsverbote, Grundrechtsverwirkung und Bundeszwang. Diese Demokratie versteht sich nicht als weltanschaulich neutral bis hin zur Selbstaufgabe ihrer „objektiven Wertordnung“.³

In der Frage der Staatsform sind wir als eine Institution der katholischen Kirche heute aufgrund historisch und theologisch-sozialethisch reflektierter Erfahrung nicht neutral; wir bekennen unsere Mitschuld an den Schrecken faschistischer Diktaturen⁴ und wissen darum, dass die parlamentarische Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist.⁵ Für die glücklichste Epoche der deutschen Geschichte in Freiheit, Frieden, Wohlstand – und seit in 1990 nationaler Einheit – in einem demokratischen Rechtsstaat sind wir dankbar. Für die Zukunft dieser Demokratie übernehmen wir Mitverantwortung.

Wir verwahren uns deshalb gegen Versuche von Populist*innen und Extremist*innen, die liberale Ordnung der Demokratie in Deutschland und Europa als Quasi-Diktatur zu verunglimpfen und zu verzerren, während diese vermeintlichen Fürsprecher der Freiheit die Diktaturen und Autokratien vor allem in Russland – trotz deren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen – verharmlosen und als Partner*innen Deutschlands favorisieren.

Die internationale antiliberale Bewegung und der virulente Populismus können nicht bloß als Protest gegen unzulängliche Politik, sondern als Ausdruck einer Kulturkrise verstanden werden. Als Christ*innen sind wir aufgefordert, in Wort und Tat an der Unterbrechung und Umkehr des verhängnisvollen Trends zur politischen Verrohung, zur Polarisierung und des Populismus mitzuwirken. Wo die Menschenwürde verletzt wird, können Christ*innen nicht wegschauen. Angesichts des biblischen Auftrags „Suchet der Stadt Bestes“⁶ stehen alle Kirchen und ihre Mitglieder in der Verantwortung, sich mit Argumenten und mit Taten einzubringen.

² Vgl. „verwirklichter Glaube“, Bischof Joachim Reinelt (1991), Dresden-Meißen

³ BVerfGE v. 15.1.1958

⁴ [„Christlicher Widerspruch ist eine Verpflichtung“ | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

⁵ Vgl. Hanna-Renate Laurien (20.07.1988): Rede Verpflichtung für Freiheit und Recht,

⁶ Jer 29,7

2. Demokratie-Ort Kirche

Demokratie lebt nicht allein von Grundsätzen, Gesetzen und Verfahren; sie lebt von Menschen, die Grundsätze wie die universelle Menschenwürde in bewusstes Handeln für das Gemeinwohl übersetzen.⁷ Deshalb braucht eine zukunftsfähige Demokratie das Bewusstsein, dass jede*r Einzelne einen Beitrag zur Demokratie und ihrer Stärkung leisten kann und sollte. Dies kann durch das Eintreten für Interessen, den Einsatz für andere Menschen und das Engagement in Parteien, Organisationen und Religionsgemeinschaften geschehen. Hierfür sind offene Räume, in denen Begegnung und Selbstwirksamkeit erfahrbar sind, unerlässlich.

Wenn solche Orte verschwinden – auch infolge der immer stärkeren Individualisierung, der digitalen und realen Gesellschaft der Singularitäten, des Mitgliederrückgangs in lange etablierten Organisationen und der Reduktion öffentlicher Orte besonders im ländlichen Raum, wie zum Beispiel Bibliotheken –, wird die Verständigung über Kontroversen erschwert und es drohen Gefühle der Vereinsamung und des „Abgehängt-Seins“. Deshalb wird der Ruf nach „neuen“ Orten des gesellschaftlichen Zusammenkommens, den sogenannten Dritten Orten der Begegnung, lauter.

Hier erwachsen für Kirchen neue Chancen. Sie können das anbieten, was dringend gesucht wird: Begegnung und Gemeinschaft gehören kontinuierlich und verlässlich zur Essenz kirchlichen Lebens. Die diakonische Fürsorge als Grundanliegen im christlichen Dasein und der daraus resultierende Auftrag sind dabei wertvolle Leitgedanken. Kirchen verfügen mit ihren Räumlichkeiten über Infrastruktur, Netzwerke und Menschen, die sich einbringen. Auch wenn hier finanzielle und personelle Kapazitäten schrumpfen, sind sie noch immer vorhanden. Kirchliche Institutionen bieten eine soziale Infrastruktur, die an anderen Stellen fehlt oder bröckelt. In Verbänden, Gemeinden und Organisationen wird durch die Begegnung von Menschen Demokratie gelebt. Menschen erfahren dort, dass sie mit ihren Bedürfnissen, Ideen und Sorgen ernst genommen werden. Dies sind wichtige Dritte Orte der Meinungsbildung.

Der zumeist ehrenamtliche Einsatz vor Ort hält die Partizipation in der Gemeinschaft lebendig und bleibt dennoch oft außerhalb des öffentlichen Bewusstseins. Das ZdK ist mit seinen unterschiedlichen Mitgliedern ein Mosaikstein dieses Engagements. Unser Ziel ist es, dieses Mosaik noch größer, bunter und stärker zu machen: durch Würdigung, Wertschätzung und Sichtbarmachung dessen, was schon da ist; durch den Bau neuer Brücken in die Gesamtgesellschaft, das Knüpfen neuer breiterer Netzwerke und weiterer Knotenpunkte gesellschaftlichen Lebens; durch die laute und deutliche Botschaft, dass die Zukunft der Gesellschaft vor Ort gestaltbar ist.

⁷ Vgl. Papst Leo XIV. (16.04.2026): MESSAGE OF HIS HOLINESS POPE LEO XIV TO PARTICIPANTS IN THE PLENARY SESSION OF THE PONTIFICAL ACADEMY OF SOCIAL SCIENCES

Die Kirche ist dabei ausdrücklich nicht nur Ort demokratischer Praktiken als Selbstzweck. Diese dienen unserem christlichen Auftrag, die Menschenwürde und Rechte aller Menschen zu erhalten und die Schöpfung zu bewahren. Als Christ*innen erheben wir die Stimme für die Prinzipien der christlichen Soziallehre und verurteilen jede Form von Hass und Gewalt. Beispielhaft hierfür steht die Magdeburger Initiative „BEWUSST WÄHLEN!“. Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt setzten der Katholikenrat und das Bistum Magdeburg zusammen mit Caritas, der Edith-Stein-Schulstiftung, der Katholischen Erwachsenenbildung, dem Bund der Katholischen Jugend, der Katholischen Frauengemeinschaft, den Alexianern und dem Kolpingwerk, sowie evangelischen Partner*innen und weitere gesellschaftliche Akteur*innen ein Zeichen für Menschenwürde, Nächstenliebe und Solidarität. Die Initiative zeigte, dass die Stärken christlichen Lebens besonders in Krisenzeiten zutage treten: Standhaftigkeit in Überzeugungen und Engagement.

Beschlusstext:

Damit die parlamentarische Demokratie eine Zukunft als hoffnungsvollster Garant der unverletzlichen Menschenwürde, der individuellen Freiheit und der Solidarität für alle Menschen hat – unabhängig von Glauben, Geschlecht, Sexualität, Herkunft, sozialer Stellung, Befähigungen und Weltanschauung –, bedarf es Mut, Widerstandskraft und bewussten Handelns.⁸ Wo Menschen Opfer von Extremismus, Gewalttaten und Hetze werden und Demokratiefeind*innen am Schutzsystem der universellen Menschenwürde sägen, dürfen Christ*innen nicht schweigen. Dies ergibt sich auch aus unserer historischen Verantwortung, die aus der Mitschuld an den Schrecken faschistischer Diktaturen erwuchs.⁹ Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie beschließt die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken folgende Handlungsempfehlungen für Kirche, Gesellschaft und Politik.

I. Politische Maßnahmen für eine resiliente Demokratie:

Demokratie lebt von Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren und bewusst handeln. Sie braucht eine faktenorientierte Öffentlichkeit und Institutionen, die standhalten, wenn ihre Gegner*innen in den Parlamenten sitzen und die Demokratie zur Tyrannei der Mehrheit ohne Achtung der Menschenrechte verfälschen wollen. Dafür nehmen wir die Europäische Union (EU), den Bund und die Länder in die Pflicht.

⁸ [Für einen Katholizismus der universellen Menschenwürde | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

⁹ [„Christlicher Widerspruch ist eine Verpflichtung“ | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

Gesellschaftliches Engagement schützen

Es gilt, Menschen durch eine partizipative Debattenkultur und eine sachliche und respektvolle Streitkultur dazu zu befähigen, Demokrat*innen zu sein. Haupt- und Ehrenamtliche müssen **bei ihren gesellschaftlichen Tätigkeiten im Falle von Angriffen**, durch konsequente Strafverfolgung – auch im Netz –, **wirksam geschützt** werden. Neben Mandatsträger*innen, sind es Wahlkampfhelfer*innen und Journalist*innen, die eine demokratische Teilhabe Aller ermöglichen. Hierzu bedarf es einer Ausweitung des §188 StGB auf mandatslose Personen, die aufgrund ihres Engagements im politischen Leben attackiert werden.

Demokratie und Wahrheit vermitteln

Demokratiearbeit und **politische Bildung** gilt es durch ein Demokratiefördergesetz¹⁰ und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht **dauerhaft abzusichern**. Es bedarf einer „Ökologie der Kommunikation“¹¹: Informationen müssen wahrheitsgemäß und für alle verfügbar sein; den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gilt es zu transformieren und zu stärken,¹² den Lokaljournalismus zu stützen und das europäische Plattformrecht gegen demokratiefeindliche Desinformation von Innen und Außen durchzusetzen¹³. Es bedarf zudem umfangreicher Maßnahmen zur Vermittlung von Medienkompetenz.¹⁴

An die rostigen Schwerter der Demokratie erinnern

Die Zukunftsfähigkeit der **Demokratie** hängt von der Resilienz und Stärke ihrer Schutzmechanismen ab, wie wir aus unserer Geschichte schmerzhaft lernen mussten. Die politischen Systeme in Deutschland und in der EU **benötigen wirkmächtige Werkzeuge**, die eine Untergrabung demokratischer Prinzipien und Verletzungen der Menschenwürde – insbesondere von Minderheiten – verhindern. Grundfunktionen des Rechtsstaates müssen auch auf Länderebene vor lähmenden Sperrminoritäten abgesichert werden.

Gemeinsam mit unseren Geschwistern aus der Initiative Christen für Europa (IXE) begrüßen wir die Kompetenzerweiterung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (APPF)

¹⁰ [ZdK 2022 Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein Demokratieförderungsgesetz.pdf](#)

¹¹ Enzyklika von Papst Leo XIV. „Magnifica Humanitas“ (15. Mai 2026). Nr. 137

¹² [Für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

¹³ [Europa unter Druck: Eintreten für die Wahrheit in Zeiten hybrider Kriege | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

¹⁴ [Europa unter Druck: Eintreten für die Wahrheit in Zeiten hybrider Kriege | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

sowie das eingeleitete Prüfverfahren der APPF gegen die europäische Partei „Europa der Souveränen Nationen“ (ESN).¹⁵ In Deutschland haben die zuständigen Verfassungsorgane die Aufgabe zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD vorliegen. Wir unterstützen ihren Auftrag, sich gegen Bestrebungen zur Beseitigung der liberal-demokratischen Grundordnung effektiv zu wehren, und unterstützen eine ergebnisoffene Prüfung durch Bund und Länder. Wir setzen darauf, dass das dafür benötigte Material fortlaufend und unabhängig gesammelt wird. Ein Verbotsantrag muss rechtlich tragen. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung bleibt eine Schlüsselaufgabe, die durch ein Verbotungsverfahren nicht ersetzt werden kann.

Kein Rechtsextremismus in Regierungsverantwortung

Von den demokratischen Parteien erwarten wir, dass sie **nicht mit Parteien zusammenarbeiten** oder regieren, **die sich** – entgegen Beteuerungen der Bundespartei – **gegen** die Unverletzlichkeit der universellen und schöpfungstheologisch begründeten **Menschenwürde verhalten**. Wer sich hierbei **rechts extremer Begriffe und Narrative** bedient und zur Radikalisierung, Polarisierung und Enthemmung der Diskurse beiträgt, bringt sich selbst in **Widerspruch zur biblischen Botschaft von Gottes Freude an jedem Geschöpf, die in der christlichen Soziallehre in ihren Handlungskonsequenzen reflektiert wird**.

II. Selbstverpflichtung des ZdK – für ein demokratisches Miteinander in Kirche und Gesamtgesellschaft:

Wer öffentlich für Demokratie eintritt, muss sich daran messen lassen, wie er selbst mit Macht, Beteiligung und Widerspruch umgeht. Unsere gesellschaftlichen Forderungen sind der Maßstab für unser eigenes Handeln in der Katholischen Kirche.¹⁶

Kirchliche Orte der gesellschaftlichen Begegnung

Die Römische Kurie ist keine Demokratie. Aber unsere Gemeinden, Räte und Verbände bieten zahlreiche Orte, an denen Menschen erfahren können, was eine Demokratie von ihren Bürger*innen verlangt und ihnen ermöglicht. Dort wählen und streiten wir, suchen Mehrheiten, hören Minderheiten und tragen gemeinschaftlich mit hunderttausenden Ehrenamtlichen Verantwortung für etwas, das größer ist als wir selbst. Unsere Wohlfahrtsverbände ermöglichen es Menschen Selbstwirksamkeit, ein Miteinander vor Ort sowie Zuwendung und Zuversicht zu erfahren. Insbesondere die Caritas trägt

¹⁵ [Die Demokratie muss ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

¹⁶ [Entschlossenes gemeinsames Handeln, jetzt! | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

bundesweit solche Vor-Ort-Angebote, die für eine Gesellschaft der Solidarität in Gemeinschaft unerlässlich sind.

In unseren Einrichtungen sollen Menschen miteinander ins Gespräch kommen, zwischen denen sich eine gesellschaftliche Kluft aufgetan hat. Als grenzziehende Grundordnung gilt: Wer anderen die Würde abspricht, bekommt bei uns kein Podium. Es gilt, die **Kirche als sogenannten Dritten Ort der Begegnung** in den Blick zu nehmen. Wie dies gelingen kann, zeigen Kirchen- und Katholikentage und die Magdeburger Kampagne „BEWUSST WÄHLEN!“ zur Landtagswahl 2026. Im Rahmen der diözesanen Immobilienreformen begrüßen wir Maßnahmen, die garantieren, dass diese Räume weiterhin Demokratieorte bleiben, und werben für eine entsprechende Weiternutzung. Dabei wissen wir uns in ökumenischer Verbundenheit mit entsprechenden Initiativen in der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Unvereinbarkeit von Christentum und Rechtsextremismus

Als ZdK betätigen wir uns fortlaufend in der christlich-theologischen Auseinandersetzung mit Formen des Extremismus. Wir bekräftigen den bereits gefassten Beschluss der Vollversammlung des ZdK: Die Unterstützung einer Gruppierung, Organisation oder Partei sowie die Verbreitung von Positionen, die dem christlichen Menschenbild widersprechen, sind unvereinbar mit einem kirchlichen Amt – auch einem Ehrenamt.¹⁷ Der **Ver-einnahmung** der Kirche und **des Glaubens** durch demokratiefeindliche, völkische und ideologische Neuinterpretationen der katholischen Sozialethik **treten wir entschlossen entgegen**.¹⁸ Wir stehen vor allem denen zur Seite, die für ihren christlichen Widerspruch gegen eine extremistische Vereinnahmung angefeindet werden. Gemeinsam mit Verbänden und Gemeinden bieten wir bei Bedarf Beratung und stehen Ihnen auch bei Rechtsstreiten zur Seite.

Demokratiearbeit vor Ort

Vor Europa-, Bundes- und Landtagswahlen kann das ZdK Diözesen, Gemeinden und Verbände bei der Erstellung von Materialien und Veranstaltungsformaten beraten und vernetzen. Hierbei unterstützen wir gezielt Netzwerke in Regionen, in denen die Demokratie besonders herausgefordert wird. Als bundesweit und europäisch vernetzte Dachorganisation der katholischen Lai*innen werden wir erprobte Praktiken wie zum Beispiel das **Demokratiekirchen-Format**¹⁹ beim Katholikentag 2026 in Würzburg weiter verbreiten. Die Räume rund um unsere Kirchtürme können für die

¹⁷ [251201_ZdK_Statut_und_Geschäftsordnung.pdf](#)

¹⁸ [Für einen Katholizismus der universellen Menschenwürde | Zentralkomitee der deutschen Katholiken \(ZdK\)](#)

¹⁹ [Katholikentag in Würzburg 2026: Demokratiekirche](#)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

gesellschaftliche Begegnung genutzt werden. Als ZdK werden wir eine Initiative zur Öffnung von Kirchen als Dritte Orte ins Leben rufen.

Zusammen mit Partner*innen

Die Geschichte kann sich zum Positiven ändern, wenn auch nur ein Mensch die Würde aller wirklich ernst nimmt.²⁰ Noch besser gelingt dies mit Partner*innen. Die Verantwortung für die Zukunft unserer Demokratie und den Schutz der universellen Menschenwürde trägt die Gesamtgesellschaft – nicht nur Katholik*innen. Deshalb suchen wir die **Zusammenarbeit mit** der evangelischen Kirche, mit anderen christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinden, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Sportvereinen und **all denjenigen, die sich für eine gerechte Gesellschaft engagieren**. Insbesondere stärken wir unser Engagement im Bündnis Zusammen für Demokratie und in unseren europäischen Netzwerken. Wir führen Gespräche mit allen demokratischen Parteien.

Im Umgang mit der AfD sind wir klar und entschieden: **Eine Partei, die die gleiche Würde aller Menschen bestreitet, kann nicht unsere Partnerin sein.** Anders ist es mit den Menschen, die sie wählen. Sie bleiben unsere Nachbar*innen sowie Gemeinde- und Verbandsmitglieder, mit denen wir das Gespräch in der Hoffnung auf Verständigung nicht aufgeben.

²⁰ Enzyklika von Papst Leo XIV. „Magnifica Humanitas“ (15. Mai 2026). Nr. 124